

Ziel 17**Umsetzungsmittel und
Globale Partnerschaft
stärken****Ziel 17****Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen****Finanzierung**

- 17.1** Die Mobilisierung einheimischer Ressourcen verstärken, einschließlich durch internationale Unterstützung für die Entwicklungsländer, um die nationalen Kapazitäten zur Erhebung von Steuern und anderen Abgaben zu verbessern
- 17.2** Sicherstellen, dass die entwickelten Länder ihre Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe voll einhalten, einschließlich der von vielen entwickelten Ländern eingegangenen Verpflichtung, die Zielvorgabe von 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der Entwicklungsländer und 0,15 bis 0,20 Prozent zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen; den Gebern öffentlicher Entwicklungshilfe wird nahegelegt, die Bereitstellung von mindestens 0,20 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder als Zielsetzung zu erwägen
- 17.3** Zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren
- 17.4** Den Entwicklungsländern dabei behilflich sein, durch eine koordinierte Politik zur Förderung der Schuldenfinanzierung, der Entschuldung beziehungsweise der Umschuldung die langfristige Tragfähigkeit der Verschuldung zu erreichen, und das Problem der Auslandsverschuldung hochverschuldeter armer Länder angehen, um die Überschuldung zu verringern
- 17.5** Investitionsförderungssysteme für die am wenigsten entwickelten Länder beschließen und umsetzen

Technologie

- 17.6** Die regionale und internationale Nord-Süd- und Süd-Süd-Zusammenarbeit und Dreieckskooperation im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation und den Zugang dazu verbessern und den Austausch von Wissen zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen verstärken, unter anderem durch eine bessere Abstimmung zwischen den vorhandenen Mechanismen, insbesondere auf Ebene der Vereinten Nationen, und durch einen globalen Mechanismus zur Technologieförderung

- 17.7** Die Entwicklung, den Transfer, die Verbreitung und die Diffusion von umweltverträglichen Technologien an die Entwicklungsländer zu gegenseitig vereinbarten günstigen Bedingungen, einschließlich Konzessions- und Vorzugsbedingungen, fördern
- 17.8** Die Technologiebank und den Mechanismus zum Kapazitätsaufbau für Wissenschaft, Technologie und Innovation für die am wenigsten entwickelten Länder bis 2017 vollständig operationalisieren und die Nutzung von Grundlagentechnologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, verbessern

Kapazitätsaufbau

- 17.9** Die internationale Unterstützung für die Durchführung eines effektiven und gezielten Kapazitätsaufbaus in den Entwicklungsländern verstärken, um die nationalen Pläne zur Umsetzung aller Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, namentlich im Rahmen der Nord-Süd- und Süd-Süd-Zusammenarbeit und der Dreieckskooperation

Handel

- 17.10** Ein universales, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation fördern, insbesondere durch den Abschluss der Verhandlungen im Rahmen ihrer Entwicklungsagenda von Doha
- 17.11** Die Exporte der Entwicklungsländer deutlich erhöhen, insbesondere mit Blick darauf, den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Exporten bis 2020 zu verdoppeln
- 17.12** Die rasche Umsetzung des zoll- und kontingentfreien Marktzugangs auf dauerhafter Grundlage für alle am wenigsten entwickelten Länder im Einklang mit den Beschlüssen der Welthandelsorganisation erreichen, unter anderem indem sichergestellt wird, dass die für Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern geltenden präferenziellen Ursprungsregeln transparent und einfach sind und zur Erleichterung des Marktzugangs beitragen

Systemische Fragen

Politik- und institutionelle Kohärenz

- 17.13** Die globale makroökonomische Stabilität verbessern, namentlich durch Politikkoordinierung und Politikkohärenz
- 17.14** Die Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung verbessern
- 17.15** Den politischen Spielraum und die Führungsrolle jedes Landes bei der Festlegung und Umsetzung von Politiken zur Armutsbeseitigung und für nachhaltige Entwicklung respektieren

Multi-Akteur-Partnerschaften

- 17.16** Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen

17.17 Die Bildung wirksamer öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften aufbauend auf den Erfahrungen und Mittelbeschaffungsstrategien bestehender Partnerschaften unterstützen und fördern

Daten, Überwachung und Rechenschaft

17.18 Bis 2020 die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für die Entwicklungsländer und namentlich die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer erhöhen, mit dem Ziel, über erheblich mehr hochwertige, aktuelle und verlässliche Daten zu verfügen, die nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Rasse, Ethnizität, Migrationsstatus, Behinderung, geografischer Lage und sonstigen im nationalen Kontext relevanten Merkmalen aufgeschlüsselt sind

17.19 Bis 2030 auf den bestehenden Initiativen aufbauen, um Fortschrittsmaße für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die das Bruttoinlandsprodukt ergänzen, und den Aufbau der statistischen Kapazitäten der Entwicklungsländer unterstützen

Schon bei der Formulierung der SDGs hatte sich vor allem die Länder des globalen Südens dafür stark gemacht, die Mittel zur Umsetzung der Ziele prominent im Zielekatalog zu verankern. Deshalb umfasst der Katalog der SDGs neben Zielvorgaben zur Umsetzung jedes der anderen 16 SDGs ein eigenständiges Ziel 17, das sich ausschließlich mit den Mitteln zur Umsetzung der SDGs befasst. Hier finden sich in fünf Abschnitten Zielvorgaben, die alle Bereiche der Agenda 2030 berühren, von der Finanzierung über den Technologietransfer bis zur Handelspolitik und den sogenannten systemischen Fragen.

Entwicklungsfinanzierung von Coronakrise schwer betroffen

Allen an der Ausarbeitung der Agenda 2030 Beteiligten war von Beginn an klar, dass eine so umfassende Agenda nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln zu realisieren sei. Dabei geht es um die verstärkte Mobilisierung heimischer Ressourcen, die Steigerung der Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) und auch um die Nutzung privaten Kapitals für Zwecke nachhaltiger Entwicklung.

Der Finanzierungsbedarf der SDGs ist aufgrund ihrer enormen Komplexität schwer zu beziffern. Alle fundierten Schätzungen gehen jedoch von einem jährlichen zusätzlichen Finanzbedarf im Billionenbereich aus. UNCTAD hatte schon vor der Verabschiedung der SDGs die Finanzierungslücke allein für die Länder des globalen Südens mit 2,5 Billionen US-Dollar jährlich angegeben.⁵³¹

531 Vgl. UNCTAD (2014).

Die Folgen der Coronakrise haben die Anforderungen an die Entwicklungsfinanzierung noch erhöht. Die zeitweilige Schließung ganzer Wirtschaftssektoren hat sich negativ auf das Steueraufkommen aller betroffenen Länder ausgewirkt. Besonders hart getroffen waren die Länder, die stark auf externe Finanzierung angewiesen sind. Alle traditionellen Quellen sind hier parallel ausgetrocknet: Die Exporteinnahmen fielen durch den Verfall der Rohstoffpreise und den Einbruch des Welthandels. Der Tourismus wurde praktisch eingestellt und fiel als Deviseneinnahmequelle aus. Die Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant*innen, deren Volumen zuletzt etwa das Dreifache der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung ausmachte, gingen durch die Massenarbeitslosigkeit zurück. Und privates Kapital wurde, statt zur Entwicklungsfinanzierung beizutragen, von den Investoren in einer Rekordkapitalflucht abgezogen und in vermeintlich sichere Anlagelägen verlagert.⁵³²

Mobilisierung einheimischer Ressourcen bleibt Herausforderung

Einheimische Ressourcen sind auch in den Ländern des globalen Südens die quantitativ bedeutendste Quelle der Entwicklungsfinanzierung. Für den Aufbau öffentlicher Infrastruktur, für die soziale Sicherung sowie für öffentliche Bildungs- und Gesundheitssysteme sind vor allem die Steuereinnahmen zentral. Zahlreiche Länder des globalen Südens haben in den vergangenen Jahren Fortschritte bei der Mobilisierung heimischer Ressourcen gemacht. Trotzdem bleibt die Steuerquote (der Anteil der Steuereinnahmen am BIP) in vielen Ländern des globalen Südens gering. Während sie in den reicheren Ländern im Schnitt 25 Prozent des BIP beträgt, erreicht sie in der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) mit 13 Prozent des BIP gerade mal das halbe Niveau (siehe Abbildung 17.1).

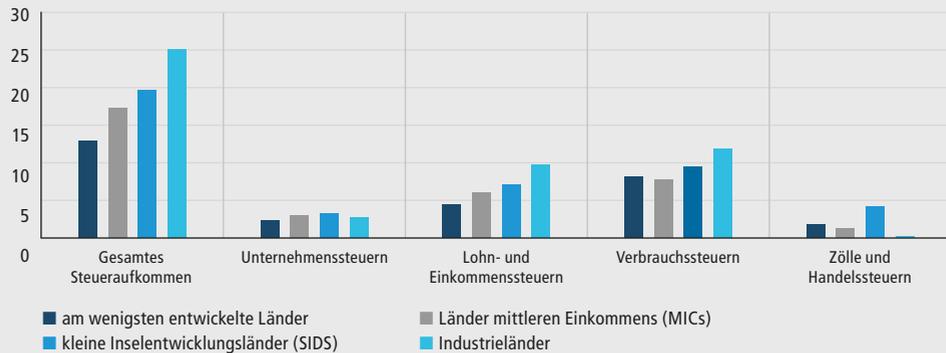
Problematisch ist auch die hohe Abhängigkeit von Konsumsteuern wie etwa der Mehrwertsteuer. Diese wirken tendenziell regressiv, da arme Menschen einen prozentual höheren Anteil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben. Wenn Menschen niedrigen Einkommens überproportional zum Steueraufkommen beitragen, ist auch die Umverteilungswirkung des Steuersystems gering, im schlimmsten Fall kommt es zur Umverteilung von unten nach oben. Besonders von Seiten des IWF werden Länder des globalen Südens häufig gedrängt, Mehrwertsteuern zu erhöhen, da dieser Typ von Steuern effizient und leicht zu erheben sei.⁵³³

532 Vgl. Ellmers/Martens (2020).

533 Vgl. Eurodad (2017), S. 15.

Abbildung 17.1

Durchschnittliche Steuereinnahmen nach Typ und Ländergruppe (Medianwerte, in Prozent des BIP, 2017)



Quelle: UN Inter-agency Task Force on Financing for Development (2020), S. 39.

Das große Problem bei der Erhebung anderer Arten von Steuern – wie z.B. einer Vermögenssteuer für Reiche oder spezieller Gewinnsteuern für transnationale Konzerne – ist, dass weiterhin zahlreiche Steuerschlupflöcher bestehen, die zur Steuervermeidung und Steuerhinterziehung genutzt werden können. Einfach gemacht wird das durch die Existenz von Steueroasen und sogenannten Schattenfinanzzentren, in denen Wohlhabende ihr Vermögen vor dem Fiskus verstecken können. Konzerne nutzen sie zur Gewinnverschiebung: Sie gründen dort Subunternehmen, um anschließend durch geschickte Manipulation ihrer internen Verrechnungspreise dafür zu sorgen, dass der Großteil ihrer Gewinne beim Tochterunternehmen im Niedrigsteuerland anfällt (siehe dazu auch das Kapitel zu SDG 16).

Einige dieser Herausforderungen wurden seit Verabschiedung der SDGs im Rahmen der OECD diskutiert, ohne dass die Länder des globalen Südens daran mit effektiven Mitbestimmungsrechten beteiligt waren. So gibt es seit 2017 einen internationalen automatischen Informationsaustausch zwischen Finanzbehörden, der verhindern soll, dass Vermögen im Ausland versteckt wird. Ebenfalls 2017 haben die OECD-Mitgliedsstaaten ein multilaterales Abkommen beschlossen, das die Gewinnverlagerung transnationaler Konzern angehen soll.

Von den Ländern des globalen Südens wird erwartet, dass sie diese Abkommen auch bei sich umsetzen, obwohl sie nicht auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. In der Praxis haben sie sich ohnehin bisher als ineffektiv erwiesen, der Steuervermeidung einen Riegel vorzuschieben. Sowohl von den Ländern des globalen Südens als auch von NGOs wird daher

vehement gefordert, ein zwischenstaatliches Gremium zu Steuerfragen bei den Vereinten Nationen einzurichten.⁵³⁴ Ein solches Gremium könnte auch dazu beitragen, koordinierte Maßnahmen gegen schädlichen Steuerwettbewerb und den damit verbundenen Steuerwettlauf nach unten zu vereinbaren und Regierungen beim Aufbau leistungsfähiger und gerechter Steuersysteme zu unterstützen.

Öffentliche Entwicklungsfinanzierung unter Druck

Zur Umsetzung der Agenda 2030 sind für viele Länder auch Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) nötig. Denn einheimische Ressourcen stehen einerseits nicht in Form von Devisen zur Verfügung, die zur Finanzierung von Importen dringend gebraucht werden. Andererseits können wirtschaftlich schwache Länder natürlich nur begrenzt einheimische Mittel mobilisieren, selbst wenn sie ihre Steuerquote erhöhen.

Bereits 1970 hatten die Industrieländer daher das Versprechen abgegeben, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Finanzierung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Diese Quote ist bislang nur von wenigen Ländern erreicht worden – ein Faktor, der die UN-Verhandlungen über die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung seit Jahren belastet. Nur fünf Länder haben 2019 ihre ODA-Zusagen formal erfüllt: Dänemark, Großbritannien, Luxemburg, Norwegen und Schweden.⁵³⁵ Im Falle Großbritanniens hat es sich als vorteilhaft erwiesen, dass dort das Erreichen des 0,7-Prozentziels bis zur COVID-19-Krise 2020 gesetzlich abgesichert war.

Die ODA-Quote der Geberländer stagniert seit Jahren bei etwa 0,30 Prozent ihres BNE. Das heißt, sie stellen weniger als die Hälfte der Mittel zur Verfügung, die das UN-Ziel eigentlich vorsieht. Die Finanzierungslücke, die dadurch entsteht, ist enorm. 2019 stellten die Geber offiziell 152,8 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Hätten sie das 0,7-Prozentziel erreicht, wären es 356,5 Milliarden gewesen, oder 203,7 Milliarden US-Dollar zusätzlich. Diese Mittel wären dringend nötig, um bei der Umsetzung der SDGs mehr Fortschritte zu machen.

Deutschland hat das 0,7-Prozentziel bisher nur in einem einzigen Jahr erreicht, nämlich 2016. Das lag daran, dass die Definition von ODA es zulässt, auch Ausgaben anzurechnen, die de facto keinen Finanztransfer in die Länder des globalen Südens darstellen. Dazu gehören unter anderem Schuldenerlasse, Studiengebühren für ausländische Studierende in Deutschland, und Ausgaben für Geflüchtete im ersten Jahr ihres

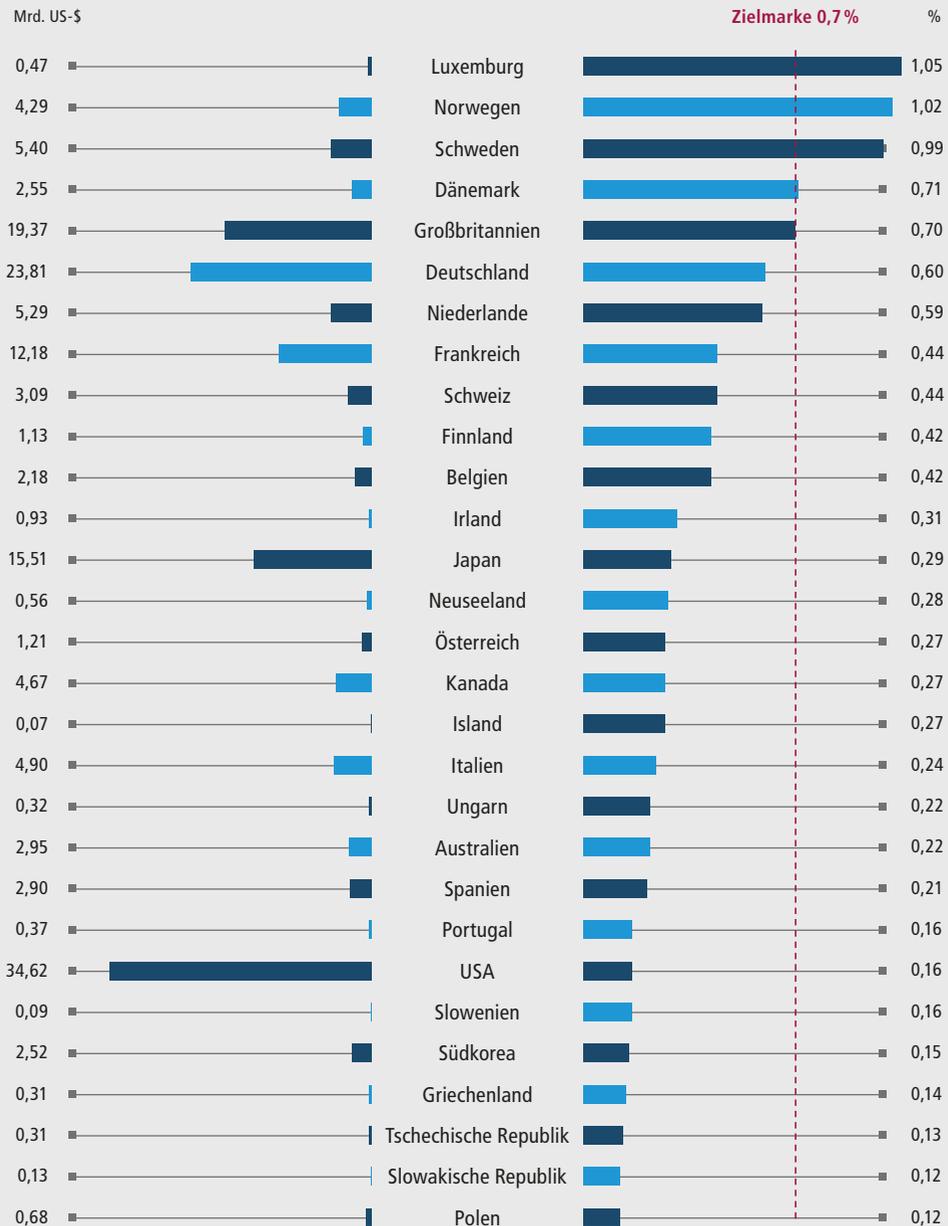
534 Vgl. Eurodad/GCAP Europe (2016).

535 <https://www.oecd.org/development/oecd-and-donor-countries-working-to-focus-development-efforts-on-covid-19-crisis-building-on-a-rise-in-official-aid-in-2019.htm>

Abbildung 17.2

Öffentliche Entwicklungsfinanzierung (ODA) der OECD-Länder 2019

ODA 2019 in Mrd. US-Dollar (links) und
anteilig an Bruttonationaleinkommen in Prozent (rechts)



Quelle: OECD-DAC (https://public.tableau.com/views/ODA-GNI_15868746590080/ODA2019?:display_count=y&publish=yes&:origin=viz_share_link?&:showVizHome=no#1)

Aufenthalts. Diese waren 2016 besonders hoch. Als das EU-Grenzregime in den Folgejahren wieder restriktiver wurde, sank auch die deutsche ODA wieder. 2019 betrug sie 0,6 Prozent des BNE bzw. 23,8 Milliarden US-Dollar (21,3 Milliarden Euro) (siehe Abbildung 17.2).

Der größte Einzelposten der deutschen ODA ist der Etat des BMZ, der für 2020 zunächst mit 10,88 Milliarden Euro budgetiert war. Durch den Corona-bedingten Nachtragshaushalt vom Sommer 2020 wurde der BMZ-Etat für die Jahre 2020 und 2021 um 1,55 Milliarden Euro auf jeweils 12,44 Milliarden Euro aufgestockt.⁵³⁶ Damit könnte Deutschland in diesen Jahren das 0,7-Prozentziel wieder erreichen. Dass dies auch nach Ablauf der Sonderzahlungen passiert, ist jedoch nicht sichergestellt.

Auf europäischer Ebene wollen die Mitgliedsstaaten der EU das 0,7-Prozentziel nun erst bis zum Jahr 2030 gemeinsam erreichen. Für die Finanzierung der SDGs und der Agenda 2030 käme die Mittelaufstockung dann zu spät. Auch blieb die EU einen glaubwürdigen Beleg für diese Plan – etwa in Form eines klaren ODA-Stufenplans – bislang schuldig. 2019 lagen die kollektiven ODA-Leistungen der EU bei nur 0,47 Prozent ihres BNE.⁵³⁷

Das Ausbleiben von substanzielleren ODA-Leistungen führt auch dazu, dass viele Länder des globalen Südens stattdessen höhere Schulden machen, um die SDGs zu finanzieren. Verstärkt wird dieser Trend noch dadurch, dass auch ein steigender Anteil der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung in Form von Krediten vergeben wird.

Auslandsverschuldung auf Rekordniveau

Die Verschuldungssituation vieler Länder wird in den kommenden Jahren die Finanzierungsprobleme eher noch vergrößern. Die öffentlichen und privaten Auslandsschulden der Länder des globalen Südens sind auf Rekordniveau gestiegen (vgl. Abbildung 17.3). Analysen von erlassjahr.de zufolge befanden sich bereits vor der Coronakrise 124 Entwicklungs- und Schwellenländer in einer kritischen Verschuldungssituation.⁵³⁸ Der Schuldendienst der Länder ist nach Angaben der Weltbank über die letzten Jahre entsprechend angestiegen. Er betrug im Jahr 2019 fast 1,1 Billionen US-Dollar, also mehr als das Siebenfache der ODA-Mittel.⁵³⁹ Damit verlieren die Länder des globalen Südens Jahr für Jahr enorme Ressourcen, die für die Finanzierung der SDGs nicht mehr zur Verfügung stehen.

536 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw40-de-entwicklung-zusammenarbeit-793450>

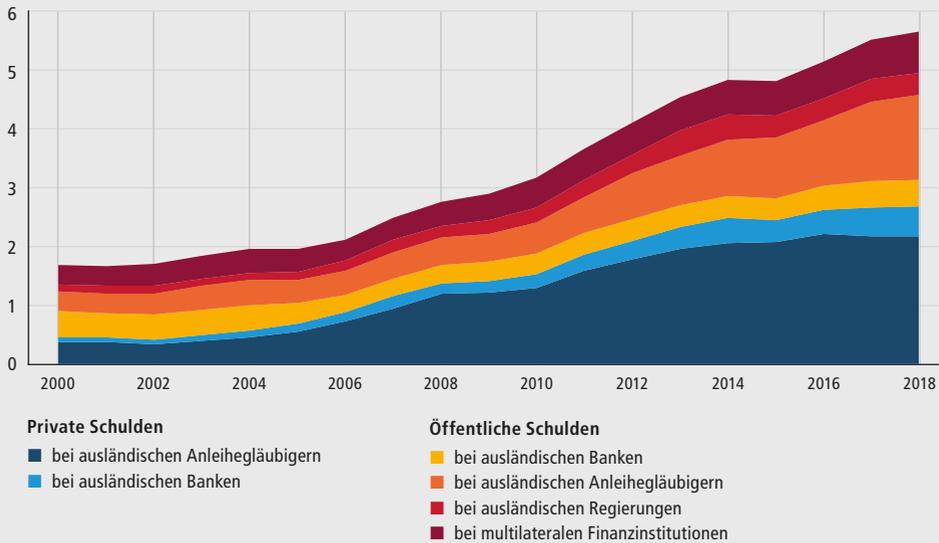
537 Vgl. Rat der Europäischen Union (2019).

538 Vgl. erlassjahr.de/MISEREOR (2020), S. 8-17.

539 Vgl. World Bank International Debt Statistics (<https://data.worldbank.org/products/ids>).

Abbildung 17.3

Öffentliche und private Auslandsschulden der Länder des globalen Südens (in Billionen US-Dollar)



Quelle: erlassjahr.de

Ein Grund für die wachsende Verschuldung war auch, dass es in der letzten Dekade einen Boom der Kreditvergabe aus reichen Ländern in den globalen Süden gegeben hat. Dies war bedingt durch die Geldschwemme, die die Zentralbanken in den USA und Europa verursacht haben, verbunden mit dem niedrigen Zinsniveau in diesen Ländern. Banken und Investmentfonds haben den wirtschaftlich aufstrebenden Ländern des globalen Südens, darunter auch denen, die erst seit kürzerer Zeit als anlagewürdig angesehen werden – in der Investorensprache *frontier markets* – Kredite förmlich aufgedrängt und massiv in ihre Hochzins- und damit aber auch Hochrisikolanleihen investiert.⁵⁴⁰ Da es immer zwei Parteien zum Zustandekommen einer Kreditbeziehung braucht, sprechen die Vereinten Nationen auch von der gemeinsamen Verantwortung der Gläubiger und Schuldner, Schuldenkrisen zu vermeiden oder zu lösen, wenn es für die Vermeidung zu spät ist. Eine Reihe von Prinzipien dazu wurden von UNCTAD entwickelt.⁵⁴¹

Durch die zunehmende Schuldenlast ist auch die Anzahl der Länder gestiegen, die ihre Schuldenlast nicht mehr bedienen können. Angang 2020 haben vor allem die Fälle Argentiniens und des Libanons Schlagzeilen

540 Vgl. Jones (2015).

541 Vgl. UNCTAD (2012).

gemacht, im Herbst 2020 drohte Sambia die Zahlungsunfähigkeit. Diese und andere Krisenländer befinden sich in mühsamen Verhandlungen mit ihren verschiedenen Gläubigergruppen. Die faire und schnelle Lösung der Krisen wird vor allem dadurch behindert, dass Staatsschulden die einzige Kategorie von Schulden sind, für die es kein Insolvenzrecht und kein Insolvenzgericht gibt. Das Krisenmanagement verlangt daher langwierige Verhandlungen mit verschiedenen Gläubigern, und Rechtssicherheit wird selbst damit nicht erreicht.

Sogenannte Geierfonds nutzen diese Situation aus: Sie kaufen Ramschanleihen auf Sekundärmärkten billig auf, verweigern sich Umschuldungsverhandlungen, und versuchen anschließend die Schuldnerländer zur Zahlung des vollen Nennwerts der Schulden zuzüglich Strafzinsen zu zwingen. Die Entwicklungsländergruppe der G77 hat versucht, solchen Geierfonds mittels der Errichtung eines Insolvenzregimes auf UN-Ebene das Handwerk zu legen. Doch derartige Versuche wurden von einer Gruppe von nur sechs einflussreichen Ländern abgeblockt, darunter auch Deutschland.⁵⁴²

In der Coronakrise hat sich das bitter gerächt. Die G20 haben im April 2020 ein Schuldendienstmoratorium für die 73 ärmsten Entwicklungsländer beschlossen, um deren Zahlungsausfall vorzubeugen. Weltbank-Präsident David Malpass und viele andere betonten, dass ein Moratorium seitens der staatlichen Gläubiger nur dann Sinn mache, wenn auch die privaten Gläubiger mitzögen.⁵⁴³ Eine rechtliche Handhabe, die privaten Gläubiger dazu zu zwingen, existiert derzeit allerdings nicht. Deswegen mussten arme Länder auch mitten in der Coronakrise knappe Mittel an Gläubiger überweisen, statt damit Menschenleben zu retten und ihre Entwicklung abzusichern.

Welthandelspolitik festgefahren

Auch der Handelsbereich hat sich in den letzten Jahren zum Problemkind der Agenda 2030 entwickelt. Bei dem komplexen Thema Welthandel hat SDG 17 es bei der Betonung der Rolle der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) belassen. Weil dort die Gespräche seit Jahren kaum vorankommen, blieb den Unterhändler*innen nicht viel mehr, als auf Fortschritte bei den Verhandlungen im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde zu drängen. Zusätzlich sollen die Exporte der Entwicklungsländer deutlich erhöht werden. Insbesondere sollte der Anteil der LDCs an den weltweiten Exporten bereits bis 2020 verdoppelt werden. Über die Qualität dieser Exporte sagt die entsprechende Zielvorgabe von SDG 17 allerdings nichts.

542 Vgl. <https://eurodad.org/UNandDebtCrises>

543 <https://www.reuters.com/article/health-coronavirus-worldbank/update-1-world-bank-chief-frustrated-by-private-creditors-on-poor-country-debt-relief-idUSL1N2D10TP>

Entgegen der Zielvorgaben von SDG 17 ist der Anteil der Länder des globalen Südens an den Weltexporten seit 2015 sogar leicht gefallen, von 41,3 Prozent auf 40,8 Prozent (2019).⁵⁴⁴ Auch der Anteil der LDCs blieb gering. Ihr Exportanteil stagnierte im gleichen Zeitraum bei 0,9 Prozent. Das 2020-Ziel wird damit deutlich verfehlt.

Problematisch ist auch der weiterhin hohe Anteil an Rohstoffen an den LDC-Exporten, der weiterhin über 60 Prozent beträgt. Damit sind sie extrem anfällig für die Schwankungen der Rohstoffpreise. Das hat sich auch in der Coronakrise als fatal erwiesen, als im Frühjahr 2020 sowohl der Ölpreis als auch die Preise für Industriemetalle rapide einbrachen – und damit auch die Deviseneinnahmen der Exportländer.

Die Doha-Entwicklungs-Runde hat seit dem Start der Agenda 2030 keine Fortschritte mehr gemacht. Im Gegenteil ist das gesamte multilaterale Welthandelssystem ins Wanken geraten. Infolge der wechselseitigen Blockaden wurde die WTO als Forum zur Aushandlung von Handelsabkommen mehr und mehr irrelevant.⁵⁴⁵ Zugleich unterminierte die Trump-Administration den Streitschlichtungsmechanismus der WTO, indem sie keine neuen Mitglieder für den *Appellate Body*, die letzte Berufungsinstanz im WTO-Streitschlichtungsverfahren, berief. Er wurde dadurch handlungsunfähig.

So umstritten WTO-Abkommen in der Vergangenheit auch waren, bieten die multilateralen Verhandlungen in der WTO den Ländern des globalen Südens doch zumindest den theoretischen Vorteil, ihre Interessen kollektiv vertreten zu können. Stattdessen kam es in den letzten Jahren zu einer Inflation bilateraler und regionaler Abkommen. Beispiele sind die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit verschiedenen Gruppen afrikanischer Länder oder auch das Freihandelsabkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay), das im Juni 2019 im Grundsatz vereinbart wurde. Bei derartigen Abkommen ist die Verhandlungsmacht der jeweiligen Entwicklungsländergruppen gegenüber der EU äußerst begrenzt.

Wichtige systemische Fragen weiter ungelöst

Der Überbegriff „systemische Fragen“ behandelt in SDG 17 ein breites Bündel von Themen, das von der Prävention von Finanzkrisen über Politikkohärenz und Multi-Akteurs-Partnerschaften bis hin zur Ergänzung des BIP durch neue Fortschrittsmaße für nachhaltige Entwicklung reicht.

544 <https://sdgpulse.unctad.org/developing-economies-in-international-trade/>

545 Vgl. Dhar (2020).

Als die SDGs 2015 verabschiedet wurden, war die Stimmung noch von den Auswirkungen der letzten Weltfinanzkrise geprägt, die sich ab 2008 fatal auf die Verwirklichung der MDGs, der Vorgänger der SDGs, ausgewirkt hatte. Daher war den Ländern klar, dass die Prävention von Finanzkrisen eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg einer Entwicklungsagenda ist, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Für Koordination und Kohärenz sollen eine Reihe von internationalen Institutionen sorgen, die in der letzten Weltfinanzkrise ab 2008 gegründet oder gestärkt wurden. Allen voran ist dies die G20, das informelle Gremium von 19 führenden Wirtschaftsnationen und der EU.⁵⁴⁶ Ein Problem mit der G20 ist ihre Exklusivität: Von den 193 Mitgliedsstaaten der UN sind eben 174 Länder weitgehend ausgeschlossen, darunter die große Mehrheit der Länder des globalen Südens einschließlich sämtlicher 47 LDCs. Ihre Interessen sind in der G20 entsprechend unterrepräsentiert. Aber auch die eigentlichen Mitglieder der G20 vermochten es in den letzten Jahren nicht, sich auf effektive Strategien zur Lösung globaler Probleme zu einigen, seien es die Volatilität der grenzüberschreitenden Kapitalflüsse, die Regulierungslücken im weitweiten Schattenbankensystem oder die Gefahr sich verschärfender Schuldenkrisen.⁵⁴⁷

Suche nach alternativen Wohlstandsmaßen muss weitergehen

Als letzte der 169 Zielvorgaben der Agenda 2030 ist in SDG 17.19 vorgesehen, das Bruttoinlandsprodukt um Fortschrittsmaße zu ergänzen, die nachhaltige Entwicklung besser abbilden. Die Diskussionen über Alternativen zum BIP als klassischem Wohlstandsmaß haben bereits zu einer Vielzahl neuer Konzepte geführt, von der Idee der Messung des Bruttonationalglücks (*Gross National Happiness*) in Bhutan bis hin zum Nationalen Wohlfahrtsindex, den die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft/Institut für Interdisziplinäre Forschung Heidelberg und das Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin entwickelt haben.⁵⁴⁸

Ausgelöst wurden diese Suchprozesse nicht zuletzt durch die Einsicht, dass mit dem Wachstum des BIP weder automatisch in gleichem Maße das Wohlbefinden der Bevölkerung wächst noch Armut reduziert wird. Im Gegenteil: In vielen Ländern ging wirtschaftliches Wachstum einher mit größerer sozialer Ungleichheit und dem Raubbau an der Natur. Über ökologische Tragfähigkeit und soziale Gerechtigkeit gibt das Wachstum des BIP keine Auskunft.

546 <https://g20.org/>

547 Mehr dazu bei Martens (2020).

548 Vgl. dazu ausführlicher Martens/Obenland (2015), S. 9ff.

Obwohl die Statistikkommission der UN im Rahmen der Agenda 2030 ein umfangreiches Set von 231 Nachhaltigkeitsindikatoren vereinbart hat (siehe Kasten I.2 oben), werden die Debatten über Stärken und Schwächen dieser Indikatoren in den kommenden Jahren weitergehen. Die Auseinandersetzung darüber hat auch auf kommunaler Ebene an Fahrt aufgenommen, beispielsweise im Rahmen des Projekts zu SDG-Indikatoren für Kommunen.⁵⁴⁹ Diese Suchprozesse bieten die Chance, die häufig isoliert voneinander in einzelnen Ländern oder Themenbereichen stattfindenden Diskussionen über alternative Wohlstandsmaße unter dem Dach der Vereinten Nationen zusammenzuführen und wechselseitig voneinander zu lernen. Die Nachhaltigkeitsindikatoren der UN und die diversen nationalen, regionalen und kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien mit ihren unterschiedlichen Indikatorensystemen können dazu wichtige Beiträge leisten.

549 Vgl. <https://sdg-portal.de/de>